



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 06.07.2010

ÖFFENTLICH

TOP 1

Nachtrag 2010
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 244/10

Beratungsverlauf:

Die Einbringung des Nachtrags 2010 ist erfolgt.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) sieht den Nachtrag 2010 auch als Finanzzwischenbericht zum Halbjahr und als Aktualisierung des Haushaltsplanes. Der in Vorl. Nr. 245/10 gelb hinterlegte Nachtrag 1 enthalte dabei die Umwandlung der aktuellen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und die Auflösung der Globalen Minderausgabe. Er geht hier kurz auf die teilweise Umsetzung der Verfügungsbeschränkungen aus dem Haushalt 2010 in Sperrungen und die in diesem Zusammenhang mit allen Fachbereichen geführten Budgetgespräche ein. Der blau hinterlegte Nachtrag 2 enthalte die aktuellen Veränderungen, die sich insbesondere aus der Maisteuerschätzung, der Verschiebung von Baumaßnahmen in die Folgejahre und der teilweisen Wiederveranschlagung von nicht gebildeten Haushaltsresten aus laufenden Baumaßnahmen ergäben. In der Zusammenfassung beider Nachträge ergebe sich im Verwaltungshaushalt eine Reduzierung des Defizits um rund 1,94 Mio. €, im Vermögenshaushalt ergebe sich eine geringfügige Erhöhung der Rücklagenentnahme um 160 000 €. Abschließend kündigt er an, dass der Nachtrag in der kommenden Woche noch in den beiden anderen beschließenden Ausschüssen vorberaten werde und der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung daher erst am 20.07.2010 eine Beschlussempfehlung treffen müsse.

Herr **Kistler** (FB Finanzen) geht mit Verweis auf den Vorbericht zum Haushaltsplan 2010 vertiefend auf die wesentlichen Änderungen des Nachtrags 1 ein.

Herr **Hess** (FB Organisation und Personal) erläutert die Veränderungen im Bereich der Personalkosten. Insgesamt hätten diese um rund 1 Mio. € reduziert werden können. Zurückzuführen sei dies insbesondere auf Fluktuationseffekte und dadurch zeitweise unbesetzte Stellen sowie auf erste Auswirkungen des angekündigten Personalabbaus, im Zuge dessen befristete Verträge ausgelaufen seien.

Anschließend beantworten OBM **Spec** und Herr **Kiedaisch** Fragen des Gremiums zu den Ansätzen Ortsmitte und Sanierungsgebiet Neckarweihingen sowie MLF-Gelände, zu den Personalausgaben in den Bereichen Büro Oberbürgermeister und Gebäudewirtschaft sowie zu den veranschlagten Beträgen für Heizkosten, das Museum und die Sportstättenanierung. Weiter gehen sie ein auf Nachfragen zur Globalen Minderausgabe, dem Ludwigsburgfond und der Grundsteuer, zu geplanten Grundstückskäufen und –verkäufen sowie zu den Ansätzen für Karlskaserne und Jägerhofpalais.

Nach Abschluss der Aussprache macht Herr **Kiedaisch** den Fraktionen das Angebot, er werde zur Beantwortung noch offener Fragen zu einzelnen Ansätzen gerne auch in die jeweiligen

Fraktionssitzungen kommen.

Eine Beschlussempfehlung wird nicht gefasst. Diese soll am 20.07.2010 im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung getroffen werden.

TOP 1.1 Nachtrag 2010 - Anlage Vorl.Nr. 245/10

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 1.

TOP 2 Jahresrechnung 2008

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.2.

TOP 2.1 Schlussbericht 2008 Vorl.Nr. 298/10
(Vorberatung)

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.2.

TOP 2.1.1 Schlussbericht Vorl.Nr. 292/10

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.2.

TOP 2.2 Feststellung Vorl.Nr. 291/10
(Vorberatung)

Beschluss:

Das Ergebnis der Jahresrechnung 2008 wird gemäß § 95 Abs. 2 GemO mit den im Bericht des Fachbereichs Finanzen vom 03.09.2009 (Vorl.Nr. 372/09) enthaltenen Beträgen endgültig wie folgt festgestellt:

I. Feststellung und Aufgliederung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2008

	Verwaltungs- haushalt EUR	Vermögens- haushalt EUR	Gesamt- haushalt EUR
1. Soll-Einnahmen	275.523.455,90	42.414.367,30	317.937.823,20
2. Neue Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
3. Zwischensumme	275.523.455,90	42.414.367,30	317.937.823,20
4. ./.. Haushaltseinnahmereste vom Vorjahr	0,00	0,00	0,00
5. Bereinigte Soll-Einnahmen	275.523.455,90	42.414.367,30	317.937.823,20
6. Soll-Ausgaben	275.194.105,61	45.176.167,30	320.370.272,91
7. Neue Haushaltsausgabereste	1.405.500,00	4.993.800,00	6.399.300,00
8. Zwischensumme	276.599.605,61	50.169.967,30	326.769.572,91
9. ./.. Haushaltsausgabereste vom Vorjahr	1.076.149,71	7.755.600,00	8.831.749,71
10. Bereinigte Soll-Ausgaben	275.523.455,90	42.414.367,30	317.937.823,20
11. Differenz Ziff. 10 ./.. Ziff. 5 (Fehlbetrag)	0,00	0,00	0,00

	Verwaltungs- haushalt EUR	Vermögens- haushalt EUR	Gesamt- haushalt EUR
Nachrichtlich:			
12. Zugänge/Abgänge an:			
12. Haushaltseinnahmeresten 1	0,00	0,00	0,00
12. Haushaltsausgaberesten 2	329.350,29	-2.761.800,00	-2.432.449,71
13. Überschuss nach § 41 Abs. 3 Satz 2 GemHVO	0,00	0,00	0,00
14. Fehlbetrag nach § 84 Abs. 2 GemO	0,00	0,00	0,00

II. Vermögen der Stadt

a) Geldvermögen

Stand zu Beginn des RJ 2008 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Stand auf Ende des RJ 2008 EUR
156.167.158,91	9.684.892,14	11.180.466,65	154.671.584,40

III. Schulden

Stand zu Beginn des RJ 2008 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Stand auf Ende des RJ 2008 EUR
12.147.424,53	0,00	580.665,27	11.566.759,26

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** freut sich über den erfreulichen Abschluss des Jahres 2008. Insgesamt habe man eine Mehrzuführung von 6,8 Mio. € vorzuweisen sowie eine Wenigerentnahme aus der Rücklage von 10,6 Mio. €. Der Stand der Rücklagen habe zum 31.12.2008 50,2 Mio. € betragen. Dies zeige, dass die frühzeitige Entscheidung für einen ambitionierten Konsolidierungskurs auf Grundlage des Ziels eines generationengerechten Haushalts richtig gewesen sei.

Frau **Meier** (FB Revision) beantwortet Fragen der Stadträte **Weiss** und Dr. **Bohn** zu „wesentlichen Beanstandungen“ bei Dienstfahrten und Bewirtungen.

Ergänzend führt Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) aus zu Frage von Stadtrat Dr. **Vierling** bezüglich der Entwicklung der Rücklagen.

OBM **Spec** lässt über die Vorl. Nr. 291/10 abstimmen.

TOP 3

Scala Kultur gGmbH
- Jahresbericht 2009 und Freigabe des
städtischen Zuschusses zur Auszahlung
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 200/10

Beschluss:

1. Der Bericht der Scala Kultur gGmbH wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der im Haushaltsplan 2010 angesetzte städtische Zuschuss in Höhe von 284.450 € wird freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** bittet einleitend darum, durch die Freigabe des städtischen Zuschusses die Planungssicherheit für das laufende Jahr sicherzustellen. Strukturelle und organisatorische Fragen würden im Moment zwischen den verantwortlichen Gesellschaftern und der Stadtverwaltung intensiv diskutiert. Man hoffe, diese Fragen bis Ende des Monats klären zu können, sie seien jedoch nicht Bestandteil der heutigen Beratungen.

Herr **Lichtner** und Herr **Kratz** (Scala Kultur gGmbH) geben mit Verweis auf die Anlage zur Vorl. Nr. 200/10 den Jahresbericht 2009 für den Live-Betrieb und den Theater-Betrieb des Scalas. Im Bereich des Live-Betriebs gehen sie insbesondere auf die Umstrukturierung und die Auswirkungen der Finanzkrise ein. Auch betonen sie, dass auf Grund der Zuschusskürzungen der zweite Ausbildungsplatz nicht mehr habe besetzt werden können. Für den Theatersommer weisen sie vor allem auf die große Nachfrage bei Schulklassen und die Unterstützung durch die Bürgerstiftung bei der Erweiterung der Zuschauertribüne hin. Insgesamt hätten beide Sparten eine vergleichsweise gute Platzauslastung vorzuweisen und auch die Kostendeckung durch eigene Einnahmen sei gut. Um diesen positiven Kurs fortführen zu können und die Scala Kultur gGmbH weiter als feste Größe der Kulturlandschaft zu etablieren, bitten sie um Fortführung der finanziellen Förderung.

Das Gremium lobt einmütig die Arbeit und den herausragenden Ruf der Scala Kultur gGmbH, insbesondere des Theatersommers, und will der Vorlage daher gerne zustimmen.

Bezüglich des Live-Betriebs äußern die Stadträte Dr. **Bohn** und **Weiss** Bedenken hinsichtlich der aus ihrer Sicht noch suboptimalen Rahmenbedingungen. Insbesondere müsse der strukturelle Stillstand beendet werden. Stadtrat Dr. Bohn bittet weiter darum, nochmals zu prüfen, ob die Nichtbesetzung der zweiten Ausbildungsstelle tatsächlich unumgänglich sei.

Stadtrat Dr. **Vierling** fordert dazu auf, den Kostendeckungsgrad weiter zu verbessern.

Stadtrat Dr. **Heer** stellt in Frage, ob man den Kinobetrieb wie bisher weiterführen solle oder ob nicht eine konsequente Privatisierung durchgeführt werden müsse, in Folge welcher das Kino seine eigenen kostendeckenden Erträge erwirtschaften müsse.

Im Anschluss an die Aussprache lässt OBM **Spec** über die Vorl. Nr. 200/10 abstimmen.

Beschluss:

Für die Oberbürgermeisterwahl 2011 werden folgende Wahltermine festgelegt:

1. Sonntag, 03. Juli 2011
2. Im Falle eines zweiten Wahlgangs: Sonntag, 17. Juli 2011

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: OBM Spec

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Den Vorsitz zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt EBM **Seigfried**. Er weist auf die rechtlichen Bestimmungen hin, welche den Zeitraum, in dem die Wahl durchgeführt werden könne, festlegen und macht auf die organisatorischen Zusammenhänge mit anderen im Jahr 2011 stattfindenden Wahlen aufmerksam. Auf Wunsch der Fraktionen in der vergangenen Sitzung des Ältestenrates sehe die Vorlage nun einen Abstand von zwei Wochen – anstelle der ursprünglich geplanten drei Wochen – zwischen dem ersten und einem möglichen zweiten Wahlgang vor.

Auf eine Aussprache wird verzichtet.

EBM **Seigfried** stellt die Vorl. Nr. 290/10 zur Abstimmung.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** erinnert daran, dass das Thema Entschädigung für ehrenamtlich Tätige bereits verschiedentlich diskutiert worden sei und verweist auf die Anträge verschiedener Gemeinderatsfraktionen hierzu sowie auf die dem Gremium vorliegende Broschüre "Das Wissensmagazin – Geld im Ehrenamt". Auch landes- und bundesweit werde seit längerem eine Diskussion über dieses Thema geführt, deren Ergebnisse in die Vorl. Nr. 302/10 eingeflossen seien. Er betont, dass es aus Sicht der Verwaltung im bisher sehr breit gefassten Bereich des

Ehrenamts nur zwei Tätigkeitsfelder gebe, die tatsächlich als Ehrenamt zu sehen seien – zum einen die klassische, freiwillige und unentgeltliche Leistung mit Gemeinwohlorientierung, zum anderen die ehrenamtliche Tätigkeit mit Entschädigung zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Staates – und weist für deren Definition und Unterscheidung auf die Vorlage hin. Nach wie vor falle der Großteil der ehrenamtlich Tätigen in die erste der beiden genannten Gruppen. Alle anderen Tätigkeiten, für die beispielsweise ein konkreter Stundensatz gewährt werde und die bisher unter die Bezeichnung Ehrenamt subsumiert worden seien, seien zwar lobenswert, jedoch kein Ehrenamt im eigentlichen Sinn. Hier müsse im Sprachgebrauch ganz klar unterschieden werden. Die Notwendigkeit, die Entschädigungssatzung zu ändern, sehe die Verwaltung allerdings nicht.

Stadträtin **Schneller** erklärt, die FW-Fraktion setze sich dafür ein, dass das unentgeltliche Ehrenamt seiner wichtigen Bedeutung gemäß gestärkt werde. Unter die Satzung für die Entschädigung ehrenamtlich Tätiger dürften daher auch nur Tätigkeiten aus einer der beiden tatsächlich ehrenamtlichen Kategorien fallen. Ihre Fraktion sehe hier noch weiteren Handlungs- und Beratungsbedarf. Auch öffentlich müsse klargestellt werden, was tatsächlich ein Ehrenamt sei und was durch die Entschädigung fast schon eine berufliche Tätigkeit sei. Die Vorlage der Verwaltung reiche hier nicht aus und sie behalte sich vor, das Thema wieder auf die Tagesordnung zu bringen.

Stadträtin **Kopf** betont die Bedeutung des echten ehrenamtlichen Engagements. Dieses müsse wertgeschätzt und gewürdigt werden und dies sei sicher auch immateriell möglich. Was verdienstvolle Tätigkeiten angehe, für die Stundensätze gezahlt würden, müsse man klarstellen, dass dies kein eigentliches Ehrenamt sei. Ob man die Satzung hierfür ändern müsse, sei fraglich. Auf jeden Fall müsse man jedoch eine neue, klare sprachliche Differenzierung vereinbaren.

Auch Stadtrat Dr. **Bohn** spricht sich für eine sprachliche Unterscheidung aus. Als Beispiel für deren Notwendigkeit führt er an, dass es sowohl klassisch ehrenamtliche Vorlesepaten in Kindergärten gebe, als auch solche, die beispielsweise in der Stadtbibliothek eine Aufwandsentschädigung in Form eines Stundensatzes erhielten.

Stadtrat **Müller** favorisiert eine sprachliche Klärung ebenfalls. Er gibt dennoch zu bedenken, dass durch eine eventuelle, unbeabsichtigte sprachliche Abwertung Bürgerinnen und Bürger von der Übernahme anderer verdienstvoller Tätigkeiten abgeschreckt werden könnten. Dies dürfe nicht Ergebnis der Diskussion sein.

Stadtrat Dr. **Vierling** hält fest, dass der Antrag seiner Fraktion zum Thema Ehrenamt, Vorl. Nr. 608/09, eine etwas andere Zielsetzung habe. Er erwarte, dass die Möglichkeiten und Grenzen des Ehrenamts noch detaillierter dargestellt werden.

EBM **Seigfried** sieht hierin ein Thema für eine Zukunftskonferenz.

Stadtrat **Hillenbrand** hält den Abbau von regulären Arbeitsplätzen bei einem gleichzeitigen Ausbau des Einsatzes ehrenamtlicher Helfer für bedenklich. Dort, wo es möglich und sinnvoll sei, müssten reguläre Arbeitsplätze geschaffen und fachlich qualifiziertes Personal eingestellt werden, statt die Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger überzustrapazieren.

EBM **Seigfried** stellt klar, dass es nicht Ziel sei, reguläre Arbeitsplätze wegzurationalisieren und durch ehrenamtlich Tätige zu ersetzen. Allerdings dürfe es auch nicht sein, dass man Menschen, die sich gerne ehrenamtlich und unentgeltlich engagieren wollten, mit der von Stadtrat Hillenbrand vorgetragenen Argumentation abschrecke.

Zusammenfassend hält OBM **Spec** fest, dass die von EBM Seigfried eingangs vorgeschlagene sprachliche Differenzierung zwischen klassisch ehrenamtlichem Engagement und sonstigen Tätigkeiten zu Gunsten der Gemeinschaft, für die jedoch ein Stundensatz gewährt werde, künftig entsprechend gehandhabt werden solle. Sofern die Mitglieder des Gemeinderats darüber hinaus

Disparitäten bei der Vergütung einzelner Tätigkeiten sähen, bitte er darum, diese der Verwaltung konkret zu benennen. Eine generelle Festlegung in Form einer weiterführenden Entschädigungssatzung sei wenig sinnvoll, da man diese den sich ständig ändernden Rahmenbedingungen und Angeboten anpassen müsste.

Die Anträge zu diesem Thema, Vorl. Nrn. 629/06, 634/06, 583/07, 623/08, 272/09, 608/09, 514/09 und 264/10, sind hiermit erledigt.

TOP 5.1 - Antrag der FW-Fraktion vom 28.11.2006 Vorl.Nr. 629/06

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.

Der Antrag ist mit Vorl. Nr. 302/10 sowie den Erläuterungen der Verwaltung hierzu erledigt.

TOP 5.2 - Antrag der SPD-Fraktion vom 29.11.2006 Vorl.Nr. 634/06

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.

Der Antrag ist mit Vorl. Nr. 302/10 sowie den Erläuterungen der Verwaltung hierzu erledigt.

TOP 5.3 - Antrag der FW-Fraktion vom 26.11.2007 Vorl.Nr. 583/07

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.

Der Antrag ist mit Vorl. Nr. 302/10 sowie den Erläuterungen der Verwaltung hierzu erledigt.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.

Der Antrag ist mit Vorl. Nr. 302/10 sowie den Erläuterungen der Verwaltung hierzu erledigt.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.

Der Antrag ist mit Vorl. Nr. 302/10 sowie den Erläuterungen der Verwaltung hierzu erledigt.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.

Der Antrag ist mit Vorl. Nr. 302/10 sowie den Erläuterungen der Verwaltung hierzu erledigt.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.

Der Antrag ist mit Vorl. Nr. 302/10 sowie den Erläuterungen der Verwaltung hierzu erledigt.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.

Der Antrag ist mit Vorl. Nr. 302/10 sowie den Erläuterungen der Verwaltung hierzu erledigt.